

Bern, 30. September 2014



**Bundesamt für Wohnungswesen
Storchengasse 6
2540 Grenchen**

Vernehmlassung zur schweizweiten Einführung einer Formularpflicht im Mietrecht

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz ist mit den in der Vernehmlassungsvorlage vorgesehenen Massnahmen vollumfänglich einverstanden. Sie begrüsst insbesondere die schweizweite Vereinheitlichung der Formularpflicht unabhängig von einer lokal vorhandenen oder nicht vorhandenen Wohnungsnot. Sie erachtet auch die Übernahme der Lösung von der Rechtsprechung bezüglich Teilnichtigkeit des Mietvertrages hinsichtlich des Mietzinses bei verspäteter Abgabe des Formulars durch den Vermieter als richtig. Dasselbe gilt für die einjährige Sperre für Mietzinserhöhungen nach wertvermehrenden Investitionen nach Mietbeginn.

Die SP Schweiz macht sich keine Illusionen darüber, dass diese Massnahmen mehr sein könnten als ein Tropfen auf den heissen Stein. Um die die Mieter benachteiligenden strukturellen Nachteile des schweizerischen Wohnungsmarkts zu lösen, bräuchte es deutlich stärkere Eingriffe in den Wohnungsmarkt und vor allem eine eklatant stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus als bis anhin.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Christian Levrat
Präsident

Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär